

Der Kampf um die Rohstoffe (3) Wer mitspielen will im weltweiten Monopoly um Macht und Wohlstand in der globalen Wirtschaft, braucht Bodenschätze. In einer Serie beschreibt der SPIEGEL den Kampf um die knappen Ressourcen – und dessen politische und ökonomische Folgen.

Der Fluch der Ressourcen

Ausgerechnet in jenen Staaten, die gewaltige Vorkommen an Öl, Gas oder Edelmetallen besitzen, herrschen Armut, Korruption und Misswirtschaft. Ginge es den Menschen in Nigeria, im Kongo oder in Russland ohne Rohstoffe besser?

Eine zähe Brühe schwappt gegen die Kokospalmen, sie ist schwarz und übelriechend. Auch die Bananens-tauden sind ölverschmiert, sie ragen kahl in den Tropenhimmel, als hätte kurz zuvor ein Brand hier gewütet. Es sieht aus wie auf einem Schlachtfeld in Kpor, zwei Auto-stunden südöstlich von Nigerias Ölhaupt-stadt Port Harcourt.

Früher pflanzten die Bauern hier Mais, Kasava oder Yam an. Seit aber das Bohr-loch 18 des Bomu-Ölfeldes vor zwei Jah-ren leckte, sind die Mangrovensümpfe im Ogoniland kilometerweit vollgelaufen.

„Wir haben ständig bei der Re-gierung angerufen, aber nie-mand ist gekommen“, klagt Lekagah N. Lekagah, der Dorfälteste. Jetzt wächst hier nichts mehr, der Boden ist tot – und doch bleibt er überaus wertvoll und umkämpft.

Nigeria gehört zu den großen Hoffnungen im weltweiten Ölge-schäft. Kaum irgendwo sonst wer-den derzeit so gewaltige Felder entdeckt, die Ölfirmen wollen die Förderung hier in zehn Jahren ver-doppeln. Das Land ist von der Natur verwöhnt, es könnte so reich sein. Stattdessen wird es ruiniert.

Mehr als 130 bewaffnete Milizen kämpfen um Einfluss, das Land ist zerrüttet, seine Menschen werden in ständigen Konflikten zermürbt. So chaotisch sind die Zustände, dass der Welt sechstgrößter Öl-exporteur Kraftstoff importieren muss: Es gibt zu wenige Raffine-rien, die funktionieren.

Hinter solchen Widersprüchen steckt System. Sie sind oft gerade dort zu beobachten, wo Öl und

Gas, Gold, Silber und Kupfer, Diamanten, Rubine und Saphire gefördert werden. Ausgerechnet in jenen Staaten, die über große Rohstoffvorkommen verfügen, herrschen Armut und Elend, grassieren Krieg und Gewalt, ihre Volkswirtschaften haben den Anschluss an die Wissensgesellschaft verloren.

Die US-Ökonomen Jeffrey Sachs und Andrew Warner haben vor Jahren schon den Zusammenhang genauer untersucht und dabei „eine ziemlich belastbare Tatsache“ entdeckt: Rohstoffreiche Staa-ten verzeichnen meist ein deutlich ge-ringeres Wachstum als Länder, in de-

Demokratische Republik Kongo: Diamanten



26% aller weltweit bekannten Diamantenvor-kommen lagern hier, außerdem große Mengen an Gold, Kupfer und Coltan. Die Bodenschätze sind hart umkämpft, seit Jahren tobt ein Bürgerkrieg in dem zentralafrikanischen Staat. Rund vier Millionen Menschen, so wird geschätzt, hat der Konflikt im Osten des Landes seit 1998 schon das Leben gekostet.

BIP je Einwohner **115 \$**
Korruption (159 erfasste Länder) **144. Rang**
Lebenserwartung **43,1 Jahre**





nen Bodenschätze keine so große Rolle spielen.

Nigeria ist dafür ein eklatantes Beispiel: Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug vor 25 Jahren 913 Dollar, damals war das Land ein bedeutender Agrarexporteur. Heute verdienen die 135 Millionen Nigerianer im Schnitt nur noch 645 Dollar; sie leben oft ohne Strom, ohne fließendes Wasser, ohne ausgebautes Straßennetz – obwohl sich die Öleinnahmen seitdem verdoppelt haben.

Oder Venezuela, früher eine international geachtete Demokratie in Lateinamerika – bis in den Siebzigern der große Ölboom begann. Der zuständige Minister Juan Pablo Pérez Alfonso ahnte damals die Gefahren, er sprach vom Öl als den „Exkrementen des Teufels“. Und er hat recht behalten: Auch in Venezuela liegt das Pro-Kopf-Einkommen kaum höher als vor 25 Jahren.

Oder Russland: Der Öl- und Gasboom der vergangenen Jahre hat eine kleine Clique staatstreuer Oligarchen märchenhaft reich werden lassen. Die breite Masse geht leer aus: Fast 70 Prozent der Russen verdienen monatlich weniger als 200 Euro, 27 Prozent bringen nicht mal 100 Euro nach Hause. Russland verwandele sich „unweigerlich in ein Gas-Nigeria“, warnt Jurij Solosobow vom Moskauer Institut für Nationale Strategie.

Reiche Böden, armes Volk: Dieses Phänomen ist nicht auf die Förderländer fossiler Brennstoffe beschränkt, es tritt auch dort auf, wo Metalle oder Mineralien abgebaut werden. In Staaten wie dem Kongo, wie Surinam oder Sierra Leone, die vom Bergbau abhängig sind, schrumpfte die Wirtschaft je Einwohner laut Berechnungen der Weltbank in den neunziger Jahren um fast 11 Prozent, während sie weltweit um 17 Prozent wuchs.

Vom „Paradox des Überflusses“ sprechen die Volkswirte, wenn sie solche Widersprüche beschreiben, oder, ein bisschen geheimnisvoller, vom „Fluch der Ressourcen“. Er lastet nicht nur auf der Wirtschaft der Länder, er stürzt das gesamte Staatswesen ins Unglück – und die Bevölkerung leidet darunter am meisten.

Wo ein Land von Bodenschätzen lebt, da sind oft autoritäre Regime an der Macht, die die Menschenrechte missachten und Minderheiten unterdrücken. Da ist die Kindersterblichkeit besonders hoch – im Kongo zum Beispiel liegt sie im östlichen Teil bei 41 Prozent – und die Lebenserwartung besonders niedrig. Da sind Korruption und Vetternwirtschaft allgegenwärtig. Da wird kaum ein Cent investiert, jedenfalls nicht in Straßen, Schulen und Krankenhäuser, sondern höchstens in Waffen.

Die Militärausgaben verschlingen in den Opec-Staaten fast ein Fünftel des Staats-

ERIC STEINBERG / AP

Goldmine im Kongo
Reiche Böden, armes Volk



Shell-Mitarbeiter in Nigeria: 80 Prozent der Erlöse gehen an den Staat

haushalts. Für Schüler und Studenten geben die Mitglieder des Ölkartells hingegen nur halb so viel aus wie der Rest der Welt im Durchschnitt.

Der Oxford-Professor und Weltbank-Ökonom Paul Collier hat berechnet, wie hoch in solchen Staaten die Wahrscheinlichkeit für einen Bürgerkrieg ist. Das Ergebnis: Mangelt es einem Land an Bodenschätzen, beträgt das Konfliktrisiko ein halbes Prozent. Lebt es aber überwiegend davon, steigt es auf 23 Prozent. Rohstoffe seien „der bedeutsamste Risikofaktor“ für ein Gemeinwesen, meint Collier, wichtiger noch als historische, geografische oder ethnische Motive.

Es ist ein fataler Mechanismus: Die Rohstoffe sind wertvoll, deshalb sind sie umkämpft. Dieser Kampf aber ist nur zu führen, weil er durch die Erlöse aus den Bodenschätzen finanziert wird. Und da die Ressourcen eine schier unerschöpfliche Geldquelle darstellen, zieht sich der Konflikt dahin, über Jahre und Jahrzehnte. So haben die Rebellen der Unita den langen Krieg in Angola hauptsächlich mit dem Verkauf von Edelsteinen bezahlt, sie werden passenderweise „Blutdiamanten“ genannt.

Der Fluch der Ressourcen – das klingt beinahe so, als ob die desolante Entwicklung unvermeidlich wäre. Gehört es also tatsächlich zum unabdingbaren Schicksal rohstoffreicher Länder, stets schlechter abzuschneiden als andere Staaten? Würde es den Menschen in Nigeria oder Angola vielleicht sogar besser gehen, wenn es dort keine Bodenschätze gäbe? Oder hat es eher mit dem kolonialen Erbe zu tun, dass diese Staaten nicht prosperieren?

Die Vergangenheit hängt wie ein Schatten über vielen Rohstofflän-

dern. Generationenlang haben die Industriestaaten die Kolonien ausgebeutet: Frankreich besorgte sich Kohle, Blei und Zink aus Indochina, die Belgier schürften im Kongo nach Gold, die Briten ließen in Südafrika nach Diamanten graben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befreiten sich die Länder des Südens von der Fremdherrschaft, auch wenn manche Abhängigkeit bestehen blieb. Vielfach verstaatlichten sie die Minen und Bergbaugesellschaften. Dennoch hat sich die Lage für die meisten Menschen nicht unbedingt verbessert, die Bewohner des Andenhochlands in Bolivien haben es leidvoll erfahren.

Schon vor über vier Jahrhunderten begannen dort die spanischen Eroberer, die Vorkommen am Cerro Rico („Reicher Berg“) systematisch auszubeuten. Das



Silber ließ ihr Weltreich aufblühen, es machte Potosí am Fuße des rostroten Gipfels zu einer der reichsten Städte der Erde. Möbel und Pianos wurden auf Mauleseln ins Hochland geschleppt, mit dem Erz aus Potosí finanzierte der spanische Hof seine Flotte und seine Paläste. Nur die Einheimischen hatten meist nichts davon. Die Indios leisteten untertage Fronarbeit, sie ruinierten sich ihre Gesundheit, viele ließen im Berg ihr Leben.

Die Revolution von 1952 versprach das Ende der Ausbeutung, sämtliche Bergwerke wurden verstaatlicht. Doch an den Arbeitsbedingungen änderte sich nichts. Vielmehr wuchs die Korruption, die Verwaltung wurde aufgebläht, immer wieder legten Streiks die staatliche Minengesellschaft Comibol lahm.

Als Mitte der achtziger Jahre die Rohstoffpreise abstürzten, verlor der Staat das Interesse am Bergbau. Bolivien überließ kleinen, privaten Kooperativen das Geschäft, seitdem schürften sie am Cerro Rico nach Silber. Es ist nach wie vor ein Knochenjob.

Der Minenarbeiter Alex Cruz, 16, schuftet jeden Tag zehn Stunden, er verdient 50 Bolivianos, rund fünf Euro. Mit einer handbetriebenen Lore fährt er 500 Meter tief in den Berg ein, der Tunnel stammt noch aus Kolonialzeiten. Als Arbeitsgerät hat er einen Pickel, einen Sack mit Dynamit und eine Karbidlampe dabei. Im Stollen steht das Wasser, es ist feucht und heiß. Cruz kaut Kokablätter, das betäubt den Hunger, und es schützt vor Müdigkeit.

Seit der Indioführer Evo Morales die Präsidentschaftswahl gewonnen hat, müssen die Kooperativen allerdings um ihren Fortbestand bangen. Die neue Linksregierung will jetzt, da die Preise in die Höhe schießen, die Minen erneut verstaatlichen und Comibol wiederbeleben – zum Verdross der Bergbaufunktionäre. „Wir sind arm, aber wenigstens sind wir unsere eigenen Herren“, sagt Gerardo Pakuli, Präsident einer der Kooperativen. „Wenn die Regierung uns die Minen wegnimmt, gibt es Krieg.“

Das Beispiel Bolivien zeigt: Ob nun Kolonialherren, Staatsbetriebe oder private Kooperativen das Rohstoffgeschäft bestimmen – das Volk darbt weiter. Bolivien, der „Bettler auf dem silbernen Thron“, ist heute das ärmste Land Südamerikas. Was ihm fehlt, sind starke Institutionen, die zuverlässig arbeiten: Regierungen, die Eigentum respektieren, Behörden, die berechenbar sind.

„Die Qualität der Institutionen entscheidet darüber, ob der Reichtum an Bodenschätzen zum Fluch oder Segen wird“, schlussfolgern die Ökonomen Halvor Mehlum, Karl Moene und Ragnar Torvik in einer neuen Studie.

Was die Angelsachsen „Good Governance“ nennen, wird zur wichtigsten Voraussetzung für breiten Wohlstand in roh-

Investition in Moral

Ein Ethik-Berater soll dafür sorgen, dass Norwegen seine Öl-Milliarden möglichst unanstößig anlegt.

Den Kaffee bringt der Chef persönlich. Er kommt in einem braunen Pappbecher, der in seinem ersten Leben sicher ein Geschenkkarton oder etwas ähnlich Vergängliches war und bestimmt auch wieder recycelt wird. Dass es sich um „fairen“ Kaffee handelt, bei dessen Produktion keine armen Indio-Bauern für globale Kapitalinteressen ausgebeutet wurden, versteht sich fast von selbst.

Henrik Syse findet das „nur normal“, denn Syse, 39, ist Fachmann für Moral, und das mitten im Zentrum eines weltweit führenden Finanzimperiums. Der jungenhaft wirkende Vater von vier Töchtern ist promovierter Philosoph, Teilzeitprofessor, Friedensforscher und neuerdings auch eine Art Ethik-Beauftragter an der Spitze der norwegischen Zentralbank in Oslo.

Nach Geld sieht es bei Syse ganz und gar nicht aus. Der Gelehrte und dutzende Autor über Fragen, wie die schlechte Welt besser werden kann, sitzt im legeren braunen Wolltroyer in einem tristen Büro. Als einzige persönliche Note steht auf dem Schreibtisch eine kleine Büste von Aristoteles, dem geistigen Urvater der Lehre über die Formen und Methoden des logischen Denkens.

Sein Job ist ein Versuch und zunächst auf ein Jahr befristet. Syse wollte das so. Mit 80 Prozent seiner Arbeitskraft soll er an der Spitze einer neuen Stabsstelle die internationalen Finanzanlagen der Norges Bank auf moralische Unbedenklichkeit prüfen.

Die Zentralbank verwaltet den Staatlichen Pensionsfonds, der vor allem aus dem boomenden norwegischen Öl- und Gasgeschäft gespeist wird. 196 Milliarden Euro lagen dort bei der letzten Bilanz auf der hohen Kante. Dieses Jahr, prognostizieren Analysten, werden sich die Rücklagen zum zweitgrößten Pensionsfonds weltweit summieren.

Rund vier Prozent aus der Energie-Sparkasse gehen seit 2001 jährlich in den öffentlichen Etat, um Lücken im Haushalt zu schließen und ein paar Wohltaten für die Bevölkerung zu finanzieren. Der übergroße Rest wird für nachwachsende Generationen im Fonds angelegt, für jene Zeit, da Norwegen keine Erdöl- und Erdgasquellen mehr ausbeuten kann.

Dazu zeichnet der Fonds bislang Anteile in über 3200 Unternehmen. Das Portfolio liest sich wie das Who's who der internationalen Investmentwelt: von Accor, Adidas und BASF bis Porsche, Siemens, Volvo oder Zurich Financial.

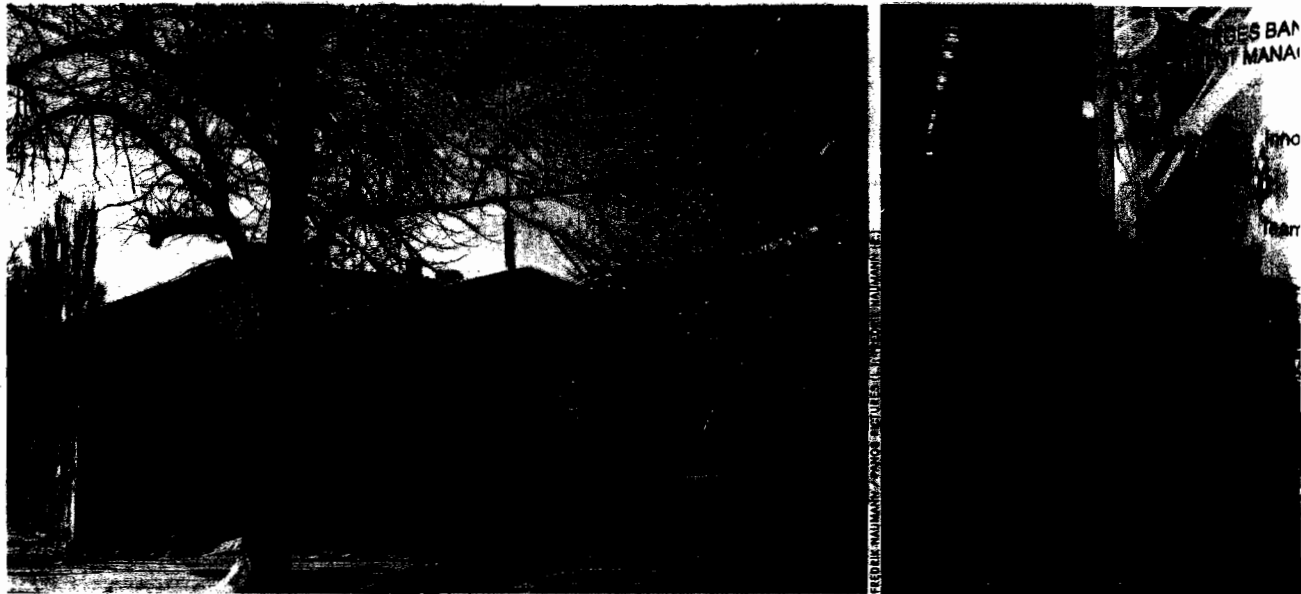
Manche in Norwegen hätten es gern eine Spur einfacher. Der Rechtspopulist Carl I. Hagen möchte mit den Petrodollars lieber Sommerhäuser für den Lebensabend norwegischer Rentner in Spanien bauen lassen. Doch solche Lösungen sind eher anrühlich in einem Land, in dem der Friedensnobelpreis zu Hause ist und das sich viel auf seine soziale Gerechtigkeit zugutehält.

Im November 2004 erließ die Regierung ethische Richtlinien für die Investitionspolitik ihres Pensionsfonds. Ein Ethik-Rat überwacht seither die Geldanlagen und sortiert zwischen gut und böse. Sieben Konzerne, darunter BAE Systems, Boeing und Honeywell, wurden gerade erst aus dem Portfolio gestrichen, norwegische Aktien und Obligationen in Höhe von knapp 3,3 Milliarden Kronen (420 Millionen Euro) verkauft.

Die Unternehmen kamen wegen ihres Engagements in der Rüstungsproduktion auf die schwarze Liste; als Hersteller von Komponenten für „Kernwaffen“, die mit „grundlegenden humanitären Prinzipien“ des norwegischen Kodex kollidieren. Insgesamt 17 Rüstungskonzerne hat der Bannstrahl der norwegischen Moralhüter insgesamt schon getroffen.

Damit es dazu gar nicht erst kommt, hat die Norges Bank moralisch nachgerüstet. „Wir wollen ökonomische und ethische Interessen zusammenbringen“, sagt Investment-Direktor Knut Kjær: „Wir sind mächtig, wir können in ethische Werte investieren.“

Als Frühwarnsystem, eine Art „hauseigener Kompass“, wurde Syse angeworben. Als der, vorigen Sommer, von dem



Norwegische Börse in Oslo, Ethik-Beauftragter Syse: „Je größer die Füße, desto größer das Risiko, in Dreck zu treten“

ern list ro-Le-pa-pen em ind ig-
ie-es-
Ein an-se-ns,
de ve-he
120
res on on nit n“
n. ler ü-
nt, h-nd
1“, er: he
as-
or-
em

Angebot überrascht wurde, dachte er zunächst an einen Witz: „Wisst ihr überhaupt, mit wem ihr redet? Ich bin Philosoph und kein Banker. Wenn ich eine Aktie und eine Anleihe vor mir hätte, wüsste ich nicht mal den Unterschied.“

Muss er auch nicht. Syse soll sich nicht im Einmaleins des Investitionsmanagements auskennen, sondern die Unternehmensführung der jeweiligen Anlageobjekte unter die Lupe nehmen.

Syse und sein Dutzend Mitarbeiter müssen zum Beispiel Vorwürfen über miese Beschäftigungsbedingungen nachgehen oder der Ausbeutung durch Kinder- und Sklavenarbeit in Produktionsstätten der Dritten Welt. Wenn die Rechte von Frauen mit Füßen getreten werden oder die Produktionsbedingungen mit Umweltauflagen kollidieren, dann verlangen die Norweger von der jeweiligen Konzernleitung erst Klärung der Vorwürfe und dann Behebung der Ursachen.

Solche Praktiken sind „eine Belastung für uns als Investor“, sagt Syse, deshalb geht sein Team jedem Gerücht nach. „Wir verlangen Antworten auf alle Fragen“, sagt Syse, und „völlige Offenheit“. Keine ganz leichte Aufgabe. Immerhin gilt es, bei über 22.000 Unternehmensentscheidungen im Jahr den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden.

Der Philosoph ist zwar Fachmann in Sachen Moral, aber nicht weltfremd. Er sieht die Zielkonflikte seines täglichen Tuns: zwischen der Erwartung, „die Erlöse zu maximieren und gute Gewinne für die nachwachsenden Generationen einzuspielen“, und Produktionsbedingungen, die im globalen Wettstreit längst nicht immer „moralisch zweifelsfrei“ sind. „Das ist das Dilemma“, lächelt Syse seine Gewissensprobleme weg.

Warum fast nur Waffenkonzerne auf der schwarzen Liste landen, nicht aber Tabak- oder Alkoholproduzenten? Darüber zum Beispiel tobt in Oslos Amtsstuben derzeit ein heftiger Meinungskampf.

Syse sagt, der norwegische Ölfonds sei nun mal einer der größten Investoren der Welt. Und „je größer deine Füße, desto größer auch das Risiko, in Dreck zu treten“. Syse sagt aber auch, ganz der politische Pragmatiker: „Es wäre doch dumm, überall auszusteigen, denn dann verliert man den Einfluss.“

Und er wäre nicht Philosoph, wenn er nicht für moralische Zweifelsfälle aller Art eine Autorität zur Hand hätte. Dann zitiert er gern den englischen Autor Samuel Johnson, der im 18. Jahrhundert schrieb: „Zwielicht bedeutet noch lange nicht, dass man den Tag nicht von der Nacht unterscheiden kann.“

MANFRED ERTBL



Kaufhaus GUM in Moskau: Eine kleine Clique wurde märchenhaft reich

gar nichts.“ Zu Recht wehrten sich die Einheimischen gegen die Ausbeutung der Bodenschätze durch eine Zentralregierung, die ihrer Verantwortung bei der Verteilung der Rohstoffeinnahmen nicht gerecht werde, meint Addicks. „Ein großer Teil dieser Gelder findet sich regelmäßig auf ausländischen Privatkonten.“

Kein Wunder, dass Regierungen die Kontrolle über die Rohstoffe partout nicht aus der Hand geben wollen. „Sie bevorzugen es, immer noch den Big Daddy zu spielen“, kritisiert der südafrikanische Ökonom Themba Sono, statt die Entfaltung von Marktkräften zuzulassen oder gar zu fördern. In Nigeria fließen dem Staat rund 80 Prozent aus den Rohstofflöhnen zu, etwa 16 Prozent entfallen auf Betriebskosten, nur 4 Prozent gehen an die privaten Investoren aus dem Westen.

Entsprechend sind große Staatsfirmen wie Saudi Aramco, Kuwait Oil Company oder PDVSA (Venezuela) die wahren Giganten im Energiegeschäft, nicht Exxon, BP oder Shell. „Big Oil“ kontrolliert lediglich 15 Prozent der Förderprojekte weltweit, am Bohrloch sind die Konzerne oft nur der Juniorpartner. Nicht sie seien deshalb primär für die Lage in den Rohstoffländern verantwortlich zu machen, meint Rashad-Rudolf Kaldany, Direktor einer Weltbank-Tochter, sondern die nationalen Gesellschaften: „Das ist der Ort, an dem die Korruption passiert.“

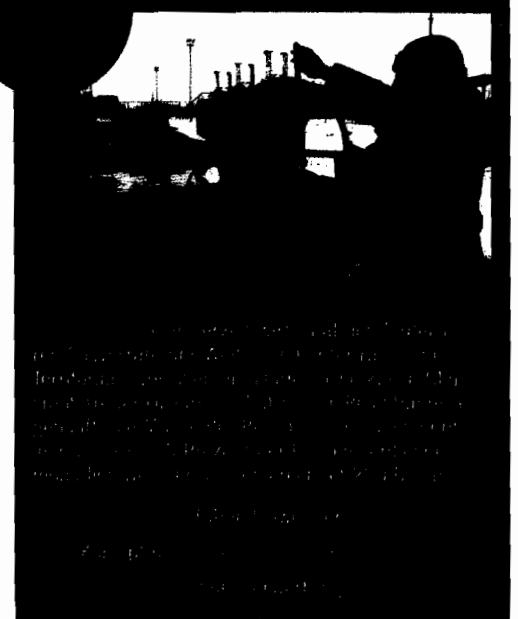
Welchen Stellenwert Staatsfirmen mittlerweile im internationalen Rohstoffgeschäft einnehmen, zeigt die Machtverteilung in Russland. Gasprom ist inzwischen das größte Unternehmen im Land und die wichtigste Geldquelle für das Riesenreich. In seinen Kompetenzen erinnert Konzernchef Alexej Miller eher an einen Kreml-Beamten: Mit wem er Verträge schließt, an wen er Gas verkauft und zu welchen Preisen, das entscheidet nicht in erster Linie der Markt, sondern

der russische Präsident Wladimir Putin. Stetig weitet die Regierung ihren Einfluss auf die Wirtschaft aus, unter Putin hat der Staat seinen Anteil an Gasprom auf über 50 Prozent erhöht. Der Konzern hat sich für 13 Milliarden Dollar das Unternehmen Sibneft des Moguls Roman Abramowitsch einverleibt, Rosneft, das noch komplett dem Staat gehört, ist zur Nummer drei der Ölförderer im Land aufgestiegen. Heute sei Russland „die reichste Bürokratie der Welt“, höhnt der frühere Schachweltmeister Garri Kasparow.

Das russische Wirtschaftssystem weist inzwischen alle Züge eines Staatskapitalismus auf, wie ihn Lenin 1918 propagiert hat. Dem Gründer des Sowjetstaats schwebte eine Ökonomie mit „unter Kontrolle stehenden Unternehmen und Händlern“ vor.

Die real existierende russische Volkswirtschaft heutiger Tage leidet allerdings unter einer gefährlichen Schlagseite: Von den umgerechnet 263 Milliarden Euro Einnahmen, die 2005 in die Staatskasse

Russland:



e-plus⁺

Ein + verbindet.

Untereinander
für 0 Cent
telefonieren.

In allen E-Plus Shops und E-Plus Partnershops
und unter www.eplus.de/shop

3 Monate gratis

flossen, stammten 97 Milliarden aus der Energiewirtschaft.

Jeden Tag verkaufen die Russen Öl im Wert von 500 Millionen Dollar, der Rubel hat stark an Wert gewonnen. Darunter leidet der Rest der Exportwirtschaft, sie verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Russland hat sich ganz offensichtlich mit der „Holländischen Krankheit“ angesteckt.

Dieses Phänomen war erstmals in den sechziger Jahren in den Niederlanden beobachtet worden. Damals wurde das Erdgasfeld vor Groningen erschlossen und Nordsee-Gas zum Exportschlager. Milliardensummen flossen ins Land, der Gulden gewann immens an Wert. Dadurch verteuerten sich die übrigen Ausfuhrgegenstände, Hollands Industrie fiel zurück.

Gleichzeitig waren dem holländischen Staat die Überschüsse aus dem Gasgeschäft „natürlich sehr willkommen“, wie sich der spätere Ministerpräsident Wim Kok erinnert, allerdings wurden sie „im nicht produktiven Bereich eingesetzt, besonders für Umverteilungen“. Löhne und Preise zogen an, das Haushaltsdefizit wuchs und letztlich auch die Arbeitslosigkeit. Holland war in Not – seinen Nachbarn, die nicht mit solch famosen Finanzquellen gesegnet waren, ging es weitaus besser.

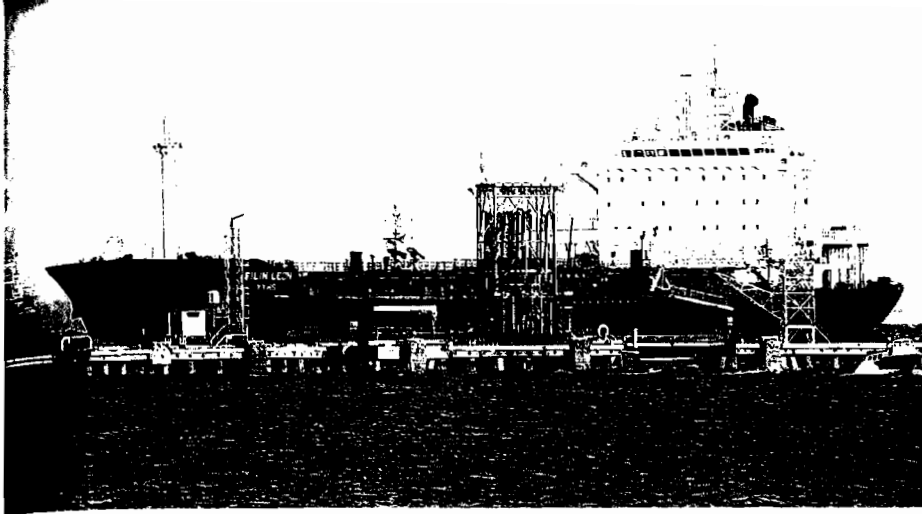
Die „Holländische Krankheit“ befällt vorzugsweise Rohstoffländer. Die Kanadier erleben zurzeit eine ähnliche Entwicklung: Im Westen des Landes treibt der Abbau von Rohstoffen, vor allem von Ölsanden, die Konjunktur an. In den traditionellen Industriezentren wie Ontario oder Québec aber werden Arbeitsplätze vernichtet. Der kanadische Dollar hat gegenüber dem US-Dollar in drei Jahren um fast ein Drittel zugelegt, die Exportwirtschaft hat schwer zu kämpfen.

Dazu kommt ein weiterer unerwünschter Nebeneffekt: Die Arbeiter in der Ölindustrie und im Bergbau werden sehr gut bezahlt, der Fahrer eines Riesenlasters kann durchaus 100 000 Dollar im Jahr verdienen. Ein solches Lohnniveau zieht auch die Preise für andere Güter und Dienstleistungen in die Höhe; deshalb sind Rohstoffländer besonders inflationsgefährdet.

Dass ihre einseitige Wirtschaft sie anfällig und verletzlich macht, ist ihnen durchaus bewusst. Inzwischen versuchen einige, die Schiefelage zu korrigieren. Gerade die kleineren Förderländer am Persischen Golf beginnen damit, sich weitere Wohlstandsquellen zu erschließen.

Dubai präsentiert sich als Tourismusziel und bietet sich als Finanzdienstleister an, der das Petrodollar-Vermögen der reichen Nachbarn managt. Insgesamt gehen die arabischen Golfstaaten mittlerweile vorsichtiger mit dem Geldsegen um. Zu oft haben sie schon bitter erfahren müssen, wie zyklisch die Preisentwicklung verlaufen kann.

Sie nutzen ihre „Windfall-Profits“ nun auch zum Abbau von Schulden und für den Ausbau der eigenen Öl- und Gasindu-



Venezolanischer Öltanker: Pro-Kopf-Einkommen wie vor 25 Jahren

strie. Schließlich wird die Exploration immer teurer und aufwendiger. Wollen sie noch eine Zeitlang von ihren Bodenschätzen leben, müssen sie ihre Anlagen jetzt modernisieren.

So wächst allmählich die Einsicht in den Rohstoffländern, dass sie verantwortlicher als bisher umgehen sollten mit dem potentiellen Reichtum, der aus der Erde kommt. Wie das funktionieren kann, dafür gibt es einige Vorbilder.

Norwegen zum Beispiel prosperiert, obwohl es über ungeheure Bodenschätze verfügt. Das Land, drittgrößter Ölexporteur der Welt, hat keine Schulden, es ist nicht bekannt für Korruption, die Verwaltung funktioniert zuverlässig, die Bürger leben in beneidenswertem Wohlstand. Dass die Skandinavier so von ihren Rohstoffen profitieren, verdanken sie allerdings auch einem historischen Umstand, meint Hubertus Bardt vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln: „Die wirtschaftlichen und politischen Institutionen waren schon gefestigt und stabil, als Ende der sechziger Jahre Erdöl in der Nordsee entdeckt wurde.“

Um gar nicht erst in Versuchung zu geraten, den natürlichen Reichtum zu verschwenden, hat Norwegen einen Petroleumfonds eingerichtet, er soll künftigen Generationen zugutekommen. Gemanagt wird er von Knut Kjær, einem Zentralbanker, der in einem hochgesicherten Bürogebäude in der Osloer Innenstadt arbeitet und sich von einem Ethik-Beauftragten beraten lässt (siehe Seite 130).

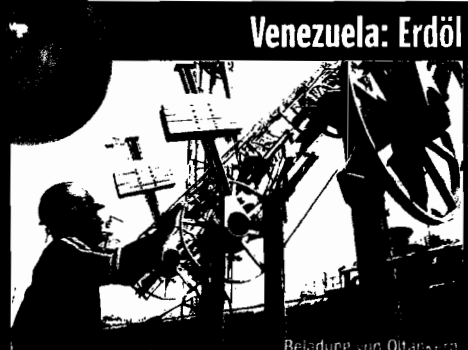
Nie habe ein Politiker angerufen, um ihm hereinzureden, wie er die Exporterlöse anlegen soll, versichert der Vermögensverwalter. Ihm ist lediglich vorgegeben, 60 Prozent der Wertpapiere in Anleihen und 40 Prozent in Aktien zu investieren, Rüstungskonzerne sind tabu. Inzwischen ist das Fondsvermögen auf knapp 200 Milliarden

Euro angeschwollen. Kjær verwaltet immerhin 0,3 Prozent aller Aktien, die weltweit gehandelt werden.

Nur rund die Hälfte der jährlichen Überschüsse des Fonds darf in den norwegischen Haushalt fließen. Im Jahr 2005 erzielte Kjær eine Rendite von 11,1 Prozent, das entspricht aufs Jahr gerechnet knapp 20 Milliarden Euro – eine Finanzquelle, um die jeder Finanzminister die Norweger beneidet.

Ähnliche Fonds existieren in Alaska, in der kanadischen Provinz Alberta, in Chile und auch in Botswana. Der afrikanische Staat ist das beste Beispiel dafür, dass auch ein ehemaliges Kolonialland durchaus in der Lage ist, sich vom Fluch des Rohstoffs zu befreien.

Vor 40 Jahren, als das britische Protektorat endete, war Botswana einer der unterentwickeltesten Staaten der Erde, dann fanden Geologen des Minenkonzerns De Beers Diamanten. Heute ist das Land, gemessen am Wert, der weltgrößte Ex-



6,2% der Weltölreserven liegen im Einflussbereich des lateinamerikanischen Staates. Präsident Hugo Chávez fährt einen harten Linkskurs: Er will die Ölindustrie komplett verstaatlichen und die Einnahmen aus dem Geschäft umverteilen. Die chaotische Wirtschaftspolitik hat jedoch Investoren verschreckt, die Ölanlagen verrotten zusehends.

BIP je Einwohner	4656 \$
Korruption (159 erfasste Länder)	130. Rang
Anteil der Unterernährten	17%

Das günstige Handy zum günstigen Tarif.



ab **0,- €***

BenQ-Siemens S88

- 2,0 Megapixel-Kamera
- OLED-Display mit 262.000 Farben
- MP3-Player
- inkl. 1 GB MicroSD-Karte



ab **0,- €***

NOKIA 6111

- Megapixel-Kamera mit Blitzlicht und 6-fach Digitalzoom
- Display mit 262.144 Farben
- Bluetooth und Infrarot
- MP3 Player/Radio

In allen E-Plus Shops und Partnershops sowie unter www.eplus.de/shop oder 0180-100 00 18 (4,5 Ct/Min).

* Dieses Angebot gilt, solange der Vorrat zeitigem Abschluss eines E-Plus Service Monatsvertrag (Mindestlaufzeit und einmalig 25,- im Time & More 50, 100, 200 oder 500 Minuten (rechnerische Minuten) € 15,- bis € 90,- für je nach Minutenpaket € 0,20 bis € 0,18). Die Inklusivminuten gelten für deutschsprachige Gespräche (inkl. Sondernummern, (Mehrweg-)SMS, (Mehrwert-) Comfort Mailbox. Die Auswahlschritte werden stets abhängig von der Taktung: Die Inklusivminuten werden in den Folgemonaten maximal ein Minutenpaket. Die Inklusivminuten sind im ersten 12 Monate nach Vertragsabschluss ausgerechnet. Danach kosten sie € 24,95. Weiterer Inlandsgespräch (inkl. Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste) € 0,45/Min. Die erworbenen Handypreise gelten bei Abschluss eines Time & More Tarifs. In den anderen Time & More Tarifen gilt ein höherer Handypreis.

Do it with German Engineering.

danach verpflichten sich Regierungen und Fördergesellschaften, ihre wechselseitigen Finanzströme offenzulegen.

Ein anderer Vorstoß, die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI), unterstützt vom britischen Premier Tony Blair, setzt ebenfalls darauf, dass die Akteure im Rohstoffgeschäft ihre Karten auf den Tisch legen.

Zu den EITI-Unterzeichnern gehört der britisch-australische Bergbaukonzern Rio Tinto, die Nummer zwei im globalen Minengeschäft. Es ist gewiss kein Altruismus, sondern der pure Eigennutz, der solche Größen der Bergbauindustrie mitmachen lässt. Sie sind selbst Leidtragende, wenn sie sich nicht auf Recht und Gesetz verlassen können. Schließlich planen sie, wenn sie ein Minenprojekt in Angriff nehmen, für Jahrzehnte im Voraus. „Der Mangel an verantwortungsvoller Regierungsführung und die Existenz von Korruption in vielen Ländern bleiben heute das größte Hindernis für langfristige Investitionen“, klagt der Rio-Tinto-Chef Leigh Clifford.

Gleichwohl bleiben die Bergbaufirmen und Ölkonzerne in einem Dilemma gefangen: Am liebsten wäre es ihnen, wenn sie nur als Gäste im Förderland betrachtet würden und ungestört ihren Geschäften nachgehen könnten. Doch sie sind nun mal der oft mit Abstand wichtigste Wirtschaftsfaktor im Land, sie haben Einfluss. Einige nutzen ihn.

Shell, BP und Exxon bauen Schulen und Krankenhäuser, verlegen Stromleitungen, erschließen Straßen. Sie machen sich vor Ort nützlich – mehr allerdings auch nicht. „Unserer Verantwortung sind Grenzen gesetzt“, räumt der BP-Direktor Jürgen Cuno ein. Die Ölkonzerne könnten keinen Einfluss darauf nehmen, wie ein Staat seine Einnahmen verwendet, meint er.

Warum sollten sie auch, wenn selbst die westlichen Regierungen in dieser Hinsicht keineswegs vorbildlich handeln. Noch immer würden korrupte Regime und menschenrechtsverletzende Schurkenstaaten aus dem deutschen Entwicklungsetat unterstützt, schimpft FDP-Mann Addicks. „Wenn wir es ernst meinen mit der Forderung nach guter Regierungsführung“, so der Politiker, „müssen wir die Gewährung von Entwicklungshilfe auch davon abhängig machen.“

Dass rohstoffreiche Länder von ihrem naturgegebenen Vermögen so selten profitieren, „ist kein Naturgesetz“, sagt Cobus de Swardt von Transparency International. „Das Problem ist lösbar“, meint er. „Was wir dazu brauchen, ist der politische Wille.“

JENS GLÜSING, ALEXANDER JUNG,
UWE KLUSMANN, THILO THIELKE

Nächste Woche: Gehört die Zukunft den erneuerbaren Energien?



Familienberatung in Botswana: Zum afrikanischen Modellstaat gemauert

porteur der Edelsteine, ein Fünftel aller Diamanten weltweit kommt von hier: gut fünf Tonnen im Jahr.

Botswana hat sich zum afrikanischen Modellstaat gemauert. Jahr für Jahr steigt das Durchschnittseinkommen, fast nirgends verdienen Afrikaner mehr pro Kopf. „Botswana nutzt seine Ressourcen besonders verantwortungsvoll“, lobt Donald Kaberuka, Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank.

Kaum ein anderes Land investiert, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, so viel in Bildung. Das Gesundheitswesen funktioniert, ebenso das Schulsystem, die meisten Bürger können lesen und schreiben, sieben Prozent haben einen Hochschulabschluss. Die Wahlen laufen korrekt ab, auch wenn immer dieselbe Partei gewinnt. Nur eines bekommt das Land nicht in den Griff: Gut ein Drittel der Erwachsenen ist HIV-positiv. Doch immerhin wird die Hälfte der Aids-Kranken kostenlos medizinisch versorgt.

Warum Botswana erreicht hat, was anderen versagt bleibt, dafür gibt es verschiedene Erklärungen. Die einen sehen das Erfolgsrezept in der Art, wie Privatwirtschaft und Staat zusammenarbeiten: Das Unternehmen Debswana, Monopolist in der Diamantenproduktion, gehört je zur Hälfte dem Staat und De Beers. Andere verweisen auf die Tradition des britischen Rechtssystems, die noch heute prägend wirke, besonders der Schutz des Eigentums. Wieder andere betonen, dass die Einwohner überwiegend einem Volk angehören, Botswana ist ethnisch nicht so zersplittert wie andere afrikanische Staaten und mit nur 1,8 Millionen Einwohnern von überschaubarer Größe.

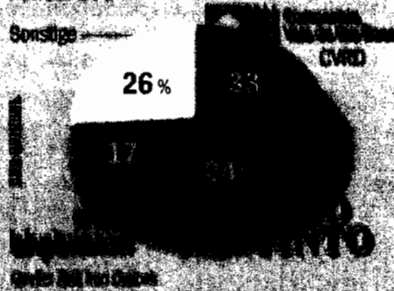
Was auch immer den Ausschlag geben mag: Am Ende ist jedenfalls entscheidend, dass der Staat eines rohstoffreichen Landes stark ist, dass er die Kraft hat, Recht zu setzen und auch durchzusetzen. Marktwirtschaft allein reiche nicht aus, damit sich ein Land positiv entwickle, meint der Poli-

tologe Francis Fukuyama: „Während sich das 20. Jahrhundert durch Zusammenstöße zwischen großen, mächtigen und gut organisierten Staaten ausgezeichnet hat, entspringt die Instabilität des 21. Jahrhunderts aus der Schwäche von Staaten.“

Der relative Wohlstand in Botswana ist umso erstaunlicher, da in nächster Umgebung, in Angola und Sambia, lange Jahre Terror, Elend und Chaos geherrscht haben. Inzwischen hat sich dort die Lage ein wenig verbessert, seit drei Jahren ist der

Lizenz zum Schürfen

Marktanteil am weltweiten Eisenerzhandel 2004



sogenannte Kimberley-Prozess in Kraft, die Bürgerrechtsgruppe „Global Witness“ hat ihn mitinitiiert.

Dieses Abkommen verfolgt das Ziel, den Handel mit Diamanten aus Kriegsgebieten zu unterbinden. Die 69 Unterzeichner stehen für praktisch die gesamte Rohdiamantproduktion. Die freiwillige Vereinbarung bietet keinerlei Gewähr für Wohlverhalten – und ist dennoch als Strategie gegen Misswirtschaft und Korruption vielversprechend.

Der Spekulant und Mäzen George Soros hat gemeinsam mit Bürgerrechtsgruppen vor vier Jahren „Publish What You Pay“ ins Leben gerufen;